
97/J XXIII. GP

Eingelangt am 23.11.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag^a. Gisela Wurm und GenossInnen

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend das fehlende Wachpersonal im Neubau der Strafanstalt Innsbruck

Vier Tage nach der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 eröffnete Justizministerin Mag^a. Karin Gastinger den Neubau der Strafanstalt Innsbruck, in welchen Jugendliche und Häftlinge mit geringerer Fluchtgefahr übersiedeln sollten. Der 60-Betten-Neubau beinhaltet eine moderne Sporthalle, einen Spazierweg am Dach und ist insgesamt von den äußeren Rahmenbedingungen her so gestaltet, dass eine erfolgreiche Resozialisierung in höherem Maß möglich scheint, als dies bei veralteten Anlagen der Fall ist. Nach Medienberichten (siehe Tiroler Tageszeitung vom 9. November 2006) soll der nahezu fertige Zubau zum Ziegelstadel allerdings noch längere Zeit leer stehen, da es - welch absurde Situation - an Wachpersonal bzw. deren Ausbildung fehle. Und eine derartige Ausbildung dauert ein Jahr. Der gegenwärtige Anstaltsleiter findet dieses Vorgehen „nicht logisch“ und auch der frühere Anstaltsleiter habe schon auf dieses Problem hingewiesen und einen Personalplan gefordert. Nach dem genannten Medienbericht „mache ein Interessenskonflikt zwischen den verschiedensten Abteilungen und Unterabteilungen im Finanz- und Justizministerium die Sache so kompliziert.“ Die Stellen für die 18 zusätzlichen Bediensteten seien noch nicht einmal ausgeschrieben.

Nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten stellt die dargestellte Vorgangsweise nicht gerade den effizientesten möglichen Einsatz von staatlichen Budgetmitteln dar. Vielmehr musste die Planung wohl so erfolgen, dass mit Fertigstellung des Neubaus gleichzeitig auch ausreichend Wachpersonal vorhanden ist. Die um rund ein Jahr verzögerte Übersiedlung von Häftlingen bedeutet weiters, dass durch die schlechteren Resozialisierungsvoraussetzungen eine höhere Rückfallquote und damit mehr Kriminalität und Unsicherheit für die Bevölkerung möglich erscheint.

Aus all diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehende

Anfrage

- 1) Wie konnte es dazu kommen, dass für den nahezu fertigen Neubau der Strafanstalt Innsbruck kein bzw. bei weitem nicht ausreichend Wachpersonal zur Verfügung steht?
- 2) Ist es richtig, dass die Hauptverantwortung dafür nicht im Bundesministerium für Justiz, sondern im Bundesministerium für Finanzen liegt?
- 3) Warum hat man nicht - der Forderung des früheren Anstaltsleiters entsprechend — rechtzeitig einen geeigneten Personalplan erstellt?
- 4) Sind Sie der Auffassung, dass im vorliegenden Fall eine Politik des Sparens am falschen Platz gegeben ist?
- 5) Durch den um rund ein Jahr verzögerten Einzug der Strafgefangenen in den modernen Neubau müssen letztere in weiter entfernten Strafanstalten die Haft absitzen und können so nicht in ihrem gewohnten Wohn- und Lebensumfeld ihre Haftstrafe verbüßen, werden so aus dem Familienzusammenhang gerissen, was die Resozialisierung nachteilig beeinflussen dürfte. Wie beurteilen Sie die Resozialisierungsschwernisse, die durch die vorliegende Situation herbeigeführt werden?
- 6) Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die geschilderte untragbare Situation zu entschärfen und eine möglichst rasche Lösung des Personalproblems herbeizuführen?